



HAL
open science

Antisemitismus und Terror. Gegen Labica

Kolja Lindner, Urs Lindner, Thomas Maul

► **To cite this version:**

Kolja Lindner, Urs Lindner, Thomas Maul. Antisemitismus und Terror. Gegen Labica. Das Argument, 2003, pp.356-368. halshs-00422967

HAL Id: halshs-00422967

<https://shs.hal.science/halshs-00422967>

Submitted on 8 Oct 2009

HAL is a multi-disciplinary open access archive for the deposit and dissemination of scientific research documents, whether they are published or not. The documents may come from teaching and research institutions in France or abroad, or from public or private research centers.

L'archive ouverte pluridisciplinaire **HAL**, est destinée au dépôt et à la diffusion de documents scientifiques de niveau recherche, publiés ou non, émanant des établissements d'enseignement et de recherche français ou étrangers, des laboratoires publics ou privés.

Kolja Lindner, Urs T. Lindner, Thomas Maul

Antisemitismus und Terror

Gegen Labica

Der Antisemitismus, enthalten im Anti-Israelismus oder Anti-Zionismus wie das Gewitter in der Wolke, ist wiederum ehrbar. Er kann ordinär reden, dann heißt das ›Verbrecherstaat Israel‹. Er kann es auf manierlichere Art machen und vom ›Brückenkopf des Imperialismus‹ sprechen. (Jean Améry, angesichts des linken Antizionismus nach dem 6-Tage-Krieg, 1969, 215)

Seit Beginn der zweiten sog. Intifada erscheint Israel in der Weltöffentlichkeit verstärkt als Goliath, der es auf einen verzweifelt David abgesehen hat. Die über 3000 NGOs beispielsweise, die vorgelagert zur UN-Rassismus-Konferenz 2001 in Durban zusammentrafen, legten einen Resolutionsentwurf vor, in dem israelische Politiken zu »Akte[n] des Völkermords, der ethnischen Säuberung und des Umweltrassismus (*environmental racism*)« erklärt wurden (Entwurf 2001).¹

Georges Labicas Beitrag im Argument 249 ist in diesem Kontext zu sehen. Er kulminiert in einer Huldigung der palästinensischen Suizidattentate (46)² und redet einem »Kampf« gegen »den Imperialismus der Globalisierung unter us-amerikanischer Vormundschaft« und »für die Rechte der Völker« (47) das Wort. Dazu hat Labica unter Verweis auf ideologische Gebrauchsweisen des Terrorismus-Begriffs dessen kritischen normalsprachlichen Impuls desartikuliert und den nach dem 11.9.01 hegemonialen Terrorismus-Diskurs einfach umgedreht. Der Terminus »Staatsterrorismus« (43) deklariert bei ihm die Anti-Terror-Politiken der USA und Israels als »Rollenverkehrung [...], bei welcher der Henker sich als Opfer ausgibt« (45). Demgegenüber ist in einem *ersten* Schritt ein kritisch-materialistischer Terrorismus-Begriff zu profilieren. Im Unterschied zur gängigen Forschungspraxis³ interessiert uns nicht nur die terroristische Form, sondern auch der Inhalt der palästinensischen Suizidattentate. Deshalb sind *zweitens* gesellschaftstheoretische Überlegungen zum modernen Antisemitismus vorzunehmen, die wir anhand von Panarabismus und Islamismus konkretisieren. Schließlich ist *drittens* entgegen Labicas einseitiger Deutung des sog. Nahostkonflikts an dessen Komplexität zu erinnern: Der Konflikt hat verschiedene miteinander artikulierte Logiken. Der Antisemitismus ist eine davon, die – so lautet unsere These – gegenwärtig jedoch dominiert.

1 Vgl. die entsprechende Distanzierung von ProAsyl (2001).

2 Die Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf Argument 249.

3 Vgl. den Literaturbericht von Tietze 2003.

1. Terrorismus

Jede kritische Annäherung an das Problem des Terrorismus setzt Überlegungen zur Frage der Gewalt voraus. Labicas Text beginnt antiideologisch: Gewalt kann »nicht als ein Begriff aufgefasst und in eine einsinnige Definition eingeschlossen werden« (41). Gewaltförmig sind nicht nur sichtbare und körperliche politische Praxen von diktatorischen Regimen, Gewalt gehört vielmehr zur sozioökonomischen Grundausstattung von Gesellschaften, »deren grundlegende Form das Lohnverhältnis darstellt, wobei Krankheiten, Hunger, Elend und Tod die leider alltäglichen Folgen schreiend ungleicher Existenzbedingungen sind« (ebd.). Fängt man im Unterschied zu Labica mit der Ware an, um den Wertbegriff über die Geldform, Kapitalform, Lohnform bis »ins gelobte Land des Profits, des Zinses und der Rente« (Althusser 1972, 12) zu entwickeln, muss kein ominöser ›Imperialismus‹ bemüht werden. Die ›schreiend ungleichen Existenzbedingungen‹ sind Effekte systemischer Gewalt, die die Resultate der unmittelbaren und physischen Gewalt der Kolonisation nach deren Ende weltmarktvermittelt reproduziert und exponentiert.⁴

Das hat nichts mit ›Ökonomismus‹ zu tun; vielmehr ist damit die Notwendigkeit von Formen betont, die die sozioökonomischen regulieren, ohne sie beherrschen zu können: Recht, Staat und Nation – Formen gesellschaftlicher Verhältnisse, die relativ autonom sind, d.h. unselbständig einer eigenen Logik gehorchen. Ein Nachdenken über Gewalt hat hier fortzufahren: Der »Form Staat« (Agnoli 1975/1995, 24) obliegt die politische Artikulation von Interessen und die Herstellung umfassender gesellschaftlicher Ordnung – nicht durch Verzicht auf Gewalt, sondern gerade durch ihre Monopolisierung. Mikrophysikalisch funktioniert das über Staatsapparate, in denen Individuen durch Disziplinierung dressiert werden – das repressive Korrelat zu ihrer ideologischen Anrufung als Subjekte (vgl. Althusser 1977, 140ff; Charim 2002, 91ff).

Systemische Gewalt ist also nicht nur Medium des sozioökonomischen Zusammenhangs, sondern auch der politischen Formen. In diesen liegt, dass die Gewalt nicht-staatlicher Akteure staatlicherseits als illegitim gelten muss, und – sofern sie sich gegen den Staat richtet oder seinen Interessen entgegensteht – für terroristisch erklärt wird. Einer Binsenweisheit gleichen deshalb Befunde, dass die diskursiven Grenzen zwischen Terrorist und Freiheitskämpfer fließend sind und ihre Etablierung davon abhängt, wer die Definitionshoheit besitzt (vgl. Funk 1997). Kritischer Gesellschaftstheorie geht es dem gegenüber um Rekonstruktion sachlicher Differenzierungen von politischen Praxen, die sich keineswegs in Diskursen erschöpfen.

4 Wir sprechen von systemischer Gewalt, um Zwänge zu thematisieren, denen alle Gesellschaftsmitglieder – wenn auch mit höchst ungleichen Voraussetzungen und Resultaten – unterworfen sind, die also nicht auf Herrschaftsprojekte zwischen Personengruppen zurückführbar sind. Damit ist zugleich gefasst, was den Kapitalismus von allen übrigen Produktionsweisen unterscheidet: die apersonale Vergesellschaftung. Es ist zweifelhaft, wie Labica die systemische Gewalt als die »schlimmste Form von Gewalt« (41) zu bezeichnen. Wer kann ernsthaft behaupten, dass es ›schlimmer‹ wäre, an Hunger in Afrika zu sterben als z.B. durch Todesschwadronen in Lateinamerika? Die systemische Gewalt ist nicht ›schlimmer‹, sondern grundlegender, da sie den Eingeweiden kapitalistischer Herrschaft angehört.

Labicas Text verdunkelt dieses gesellschaftstheoretische Grundanliegen mit der Behauptung, für den Terminus ›Terrorismus‹ würden »ähnliche Schwierigkeiten« (41) wie für den der Gewalt gelten. Statt die als »gang und gäbe« eingeführte Definition, dass Terrorismus »das blindlings begangene Verbrechen [ist], das es auf unschuldige Zivilpersonen abgesehen hat«, wie angekündigt »auf den Prüfstand« (ebd.) zu stellen, weist er ausschließlich ihre ideologischen Verwendungsweisen nach. Die Argumentation verbleibt zudem an der ideologietheoretischen Oberfläche, da der ideologische Gebrauch als Lüge und »Meinungsmanipulation« (45) verhandelt, und nicht die Frage gestellt wird, woher er seine Wirkmächtigkeit bezieht.

Stattdessen versucht Labica durch Etymologie den Terror-Signifikanten in eine revolutionäre Konstellation zu transponieren und damit positiv zu wenden: ›Terror‹ bezeichne in der jakobinischen Phase der französischen Revolution politische Gewaltpraxen, die die Revolution »retten« sollen (42); zur Zeit der bolschewistischen Revolution sei der »rote Terror« [...] nur in Bezug auf den ›weißen Terror‹ zu verstehen. »Im Bürgerkrieg stehen die Revolutionäre an der Macht gegen die Gegen-Revolutionäre, die sie stürzen wollen.« (ebd.) Diese Etymogelei zeugt von einer eigentümlichen Distanzlosigkeit zu den Klassikern: Marx und Lenin konnten noch synonym von Terror und revolutionärer Gewalt sprechen (vgl. Labica 1988) – wir können es nicht. Die dem Terrorismus anhaftende »nicht diskutierbare Bedeutung« (41) ist keinem – wie Labica suggeriert – Tabu geschuldet, das der us-amerikanische Terrorismus-Diskurs nach dem 11.9. errichtet hat. Vielmehr haben mit ihr die faschistischen und stalinistischen Verbrechen Eingang ins kollektive Gedächtnis der Menschheit gefunden.

Die ›gang und gäbe‹ Terrorismus-Definition trägt dem Rechnung. Normalsprachlich reflektiert sie in sich den politischen Gewalt-Überschuss, dem staatlicherseits jede systemische Dimension fehlt und der sich auf Seiten nicht-staatlicher Akteure mit keinem noch so ›hehren Ziel‹ rechtfertigen lässt. Dieser Terrorismus-Begriff ist sprachliche Einspruchsinstanz, die den Menschen bleibt, um wenigstens gegen die Spitze des Eisberges an Gewalt zu protestieren. Er ist als »protoideologisches Material« (PIT 1986, 183) zu verstehen, das innerhalb des hegemonialen Terrorismus-Diskurses beständig ideologisiert wird. Kritik an diesem Diskurs kann nicht in einfacher Negation des Terrorismus-Begriffs bestehen, sondern muss versuchen, diesen antiideologisch auszuarbeiten. Dazu sind Präzisierungen notwendig, die sich auf die Beschaffenheit des nicht-systemischen Überschusses richten. Systemische Gewalt ist keine ›Wesenheit‹ der ›Hinterwelt‹. Sie existiert immer nur innerhalb konkreter sozioökonomischer oder politischer Praxen. Die Maßnahmen der Polizei etwa exekutieren in der Regel das staatliche Gewaltmonopol und dennoch gehört dazu gerade in demokratischen Gesellschaften die Situation eines sei es infinitesimalen Ausnahmezustandes, in dem die Polizisten souveräne Entscheidungen statuieren. Der dabei entstehende Gewaltüberschuss bewegt sich im Rahmen systemischer Zweck-Mittel-Relationen und kann nicht als terroristisch bezeichnet werden.

Im Unterschied zur Frage nach der Angemessenheit der Mittel geht es beim Terrorismus-Begriff um den Adressaten. In der präzisierten normalsprachlichen Definition ist Terrorismus erstens keine ›blindlings‹, sondern zielgerichtet aus-

geübte Gewalt. Zweitens gibt es in gesellschaftstheoretischer Perspektive keine ›unschuldigen Zivilpersonen‹, da ›Schuld‹ eine nicht nur juristische, sondern auch moralisch-religiöse Kategorie ist.⁵ Ein kritisch-materialistischer Begriff definiert den Terrorismus daher als *zielgerichtet ausgeübte Gewalt gegen Personen, die an einer Auseinandersetzung nicht direkt beteiligt sind*.

Erst dann lässt sich sinnvoll darüber diskutieren, ob Gewaltpraxen staatlicher und nicht-staatlicher Akteure der Form nach terroristisch sind. Die palästinensischen Suizidattentate müssen als terroristisch bezeichnet werden, weil es sich um zielgerichtet ausgeübte Gewalt gegen Personen handelt, die an der militärischen Auseinandersetzung zwischen dem Staat Israel und der palästinensischen Nationalbewegung nicht direkt beteiligt sind.⁶ Ein israelischer ›Staatsterrorismus‹, der den Suizidattentaten äquivalent wäre, existiert nicht, da der jüdische Staat keine gezielte Tötung palästinensischer Zivilisten vornimmt. Wenn ein Hamas-Führer liquidiert wird, dann macht sich darin systemische Gewalt geltend als Gewalt zum Schutze der eigenen Staatsbürger; zu hinterfragen ist nicht der Adressat, sondern das Mittel, besonders wenn der Tod nicht direkt beteiligter Palästinenser in Kauf genommen wird. Nur ganz bestimmte israelische Politiken lassen sich als staatsterroristisch bezeichnen – wenn z.B. die Familien von Attentätern deportiert oder ihre Häuser zerstört werden. Während demokratische Staaten wie Israel Zustimmung hegemonial organisieren und Herrschaft primär über systemisch-mikrophysikalische Gewaltmaßnahmen ausüben, sind Regime wie zuletzt der baathistische Irak in ihrer wesentlichen Verfasstheit staatsterroristisch, da dort Herrschaft über zielgerichtete Repression gegen große Teile der Bevölkerung vonstatten geht.

Die in der Annotation der Argument-Redaktion getroffene Feststellung, für Labicas Text spreche, dass er »den islamistischen Terror in einem Koordinatensystem von Gewalt und Gegengewalt rekonstruiert« (47), verfehlt insofern die Problematik, als sie unterstellt, die beteiligten politischen Akteure würden in einer einzigen Logik quasi behavioristisch aufeinander einwirken, mit dem Terror als notwendigem Resultat. Damit ist nur die tautologische Evidenz reproduziert, dass in einer Gewalt-Spirale Gewalt und Gegengewalt einander bedingen. Demgegenüber sind die palästinensischen Suizidattentate ihrem Inhalt und ihrer terroristischen Form

5 Auch Labica problematisiert den Terminus »zivile und unschuldige Opfer« (45) — freilich nicht theoretisch, sondern politisch-äußerlich: Nicht etwa die Deutschen, die in ihrer überwältigenden Mehrheit die Ermordung der europäischen Juden und den Überfall auf die halbe Welt durchgeführt, unterstützt oder zumindest geduldet haben, relativieren für ihn die Rede von ›unschuldigen Zivilisten‹, sondern Amerikaner und Israelis, weil sie nicht ihren gewählten Regierungen opponieren (45).

6 Labica stellt die palästinensischen Fedajin in eine Reihe mit Vietcong und FLN, um sie gemeinsam unter die »antikolonialen Kämpfe« zu subsumieren (42). Für die koloniale Situation, die Franz Fanon eindrücklich als »manichäische Welt« (Fanon 1969, 31) beschrieben hat, als Welt voll unmittelbarer Gewalt, Herrschaft und rassistischer Herabsetzung, in der den Kolonisierten nur noch der Gewalt-Exzess bleibt, um überhaupt einen menschlichen Status zu erringen, mag es in der Tat schwierig sein, auf Seiten der Kolonisatoren zwischen direkter und indirekter Beteiligung zu unterscheiden. Von Kolonisation aber kann in Bezug auf Israel keine Rede sein (vgl. 3.).

nach in einem Koordinatensystem von *Herrschaft* zu rekonstruieren. Terrorismus ist Resultat definierter politischer Herrschaftsprojekte, die aus gesellschaftlichen Auseinandersetzungen entspringen.

2. Antisemitismus

Labicas Figur eines »weit verbreiteten und häufig erpresserisch zugunsten der israelischen Regierung eingesetzten Antisemitismusvorwurf(s)« (45) gehört einem Diskurs an, in dem eine ›Holocaust-Industrie‹ (Finkelstein) in ›Drohroutine‹ eine ›Moralkeule‹ (Walser) schwingt. Dabei geht Labica davon aus, dass es »nicht mehr primär der Jude ist, wohl aber der Araber und der Muslim, die als Arme überdeterminiert und von vornherein diskriminiert werden« (45). Im Medium quantitativer Ungleichsetzung (»nicht mehr primär«) vollzieht er unter den Gattungsbegriffen »Rassismus« und »Ablehnung des Anderen« (ebd.) eine qualitative Gleichsetzung von Antisemitismus und Orientalismus.⁷ Kritischer Gesellschaftstheorie geht es dagegen um einen Antisemitismus-Begriff als »verständige Abstraktion« (MEW 42, 20). Im Unterschied zum christlichen Antijudaismus, der bereits eine umfassende soziale Diskriminierungs- und Verfolgungspraxis kannte, ist der Antisemitismus ein genuin modernes Phänomen, datierbar ins 19. Jahrhundert. Auch wenn er seine diskursive Kohärenz erst durch die sozialdarwinistischen ›Rasse‹-Theorien erhalten hat, lassen sich schon in einfacher Phänomenologie signifikante Unterschiede zum (modernen) Rassismus feststellen: Jüdische Menschen sind keine äußere Gefahr, sondern der innere Feind; sie sind keine gewöhnliche ›Rasse‹, sondern die ›Gegenrasse‹; sie verkörpern keine ›primitive‹ Naturnähe, sondern einen ›dekadenten‹ Überschuss an Zivilisation; kurz: sie sind das Metasubjekt, das hinter den ›Übeln‹ der Moderne (Kapitalismus und Kommunismus) steckt (vgl. Poliakov 1979ff).

Rassismus als Subjektionsmodus weißer Überlegenheit ist ein Resultat der europäischen Kolonialgeschichte und hat heute seine materiellen Grundlagen in ethnisierter Arbeitsteilung und nationalstaatlichen Grenzregimen. Antisemitismus dagegen ist ein pathischer Projektionsmechanismus (vgl. Adorno/Horkheimer 1944/1987, 217ff), der die »allgemeine Beleuchtung« der kapitalistischen Formen (MEW 42, 40) heimsucht – als Moment ihrer Verdunklung. Er ist Artikulation von zwei aufeinander irreduziblen Elementen: *erstens* dem spontanen Antikapitalismus, der wesentlich die Personalisierung von Geldfetisch und Fetischismus des zintragenden Kapitals beinhaltet; und *zweitens* dem Dispositiv organischer Vergemeinschaftung, in dem jüdische Menschen als Gegenprinzip konstruiert werden. Unter ›Dispositiv organischer Vergemeinschaftung‹ verstehen wir eine gesellschaftliche

7 Solch schlechte Allgemeinheit wird nicht dadurch überwunden, dass Orientalismus und Judenfeindschaft gemeinsam zum ›Antisemitismus‹ gerechnet werden, da sie sich angeblich beide gegen die ›semitische Rasse‹ richten, wie kürzlich auch Balibar (vgl. 2002) behauptet hat. »Antisemitismus [hat] niemals [...] mit irgend etwas anderem als den Juden zu tun gehabt und steht deshalb Arabern genauso wie anderen als Option zu Gebote.« (Lewis 1987, 137)

Anordnung, die eine sei es nationale, kulturelle oder religiöse Kollektivanrufung stiftet, in der Juden als das Andere naturwüchsiger Loyalitäten bestimmt sind. Erst die Verbindung von Personalisierung systemischer Gewalt und Gegenprinzip konstituiert die Gefährlichkeit und Allmacht (›jüdische Weltverschwörung‹), die im Antisemitismus den Juden zugeschrieben wird und die die ›Befreiung‹ der Gesellschaft von ihnen als notwendig erscheinen lässt.⁸ Im Antisemitismus steht die Tötung im Zentrum: »Was er [der Antisemit] wünscht, was er vorbereitet, ist der *Tod* des Juden« (Sartre 1954/1994, 33) – und sei es ›nur‹ in Form der Friedhofsschändung.⁹

Im Antisemitismus leben die Individuen das herrschaftliche Verhältnis zu ihren Existenzbedingungen – besonders in Zeiten fundamentaler Gesellschaftskrisen. Deshalb ist er auch nicht auf den geographischen Entstehungskontext bestimmter antisemitischer ›Ideen‹ beschränkt. Nach dem weltweiten Siegeszug kapitalistischer Vergesellschaftung muss die globale Verbreitung des spontanen Antikapitalismus und seine Artikulation mit dem Dispositiv organischer Vergemeinschaftung auch in außereuropäischen Kontexten gedacht werden. So sind in Lateinamerika reale Gewalterfahrungen us-amerikanischer Politik häufig mit dem Imaginären von ›Ostküste‹ und ›zionistischer Weltverschwörung‹ artikuliert. Der »Wandel« von weniger ›rassischen‹ zu mehr politischen Begründungen ist »eher einer des Ausdrucks und der Betonung als einer der Substanz«, bedingt durch »die Atmosphäre und die vorherrschende Ideologie, in der man sich bewegt« (Lewis 1987, 310). Der sekundäre Antisemitismus, der in Europa bevorzugtes Medium für Projektionen auf Israel ist, verweist auf die geopolitische Verlängerung des Antisemitismus im Antizionismus: Die systemische Gewalt, die von den Formen Staat und Nation ausgeht, wird in Israel und dem Zionismus metonymisiert.¹⁰ Damit ist nicht die Möglichkeit eines nicht-antisemitischen Antizionismus bestritten – in seiner hegemonialen Gestalt jedoch ist er antisemitisch aufgeladen.

Gewinnt Labica durch analytische Reduktion eine einfache politizistische Kausalität (Bin Laden als »Klon der CIA«, 46), so versucht materialistische Theorie auch den arabischen Antisemitismus genetisch aus den gesellschaftlichen Verhältnissen zu rekonstruieren, und zwar in seiner politischen Vermittlung durch Panarabismus

8 Wenn Jörg Huffs Schmid (2001, 13) Finanzkrisen damit erklärt, dass »Banken oder andere Finanzkonzerne aus Gier und kurzfristigem Gewinninteresse unsachgemäß mit den Institutionen einer modernen Geldwirtschaft umgehen«, dann handelt es sich um spontanen Antikapitalismus. Die kritische Rede vom ›strukturellen Antisemitismus‹ erklärt wenig. Huffs Schmid's Figuren sind Platzhalter, die antisemitisch ausgefüllt werden können. Das geschieht jedoch nicht automatisch, sondern durchs Dispositiv organischer Vergemeinschaftung hindurch. Der Antisemitismus gehört nicht zu den objektiven Gedankenformen im Marx'schen Sinn, ist aber über den spontanen Antikapitalismus in ihnen situiert.

9 »Die Verwüstung der Friedhöfe ist keine Ausschreitung des Antisemitismus, sie ist er selbst.« (Adorno/Horkheimer 1944/1987, 213)

10 Zu den jüngsten antisemitischen Artikulationen in Lateinamerika vgl. Kreutzer/Vogel 2003; zum Begriff des sekundären Antisemitismus vgl. Rensmann 1998, 231ff; zu den antisemitischen Gehalten im Antiimperialismus und Antizionismus sowjetischer Provenienz vgl. Lustiger 1998, zum antisemitischen Antizionismus der deutschen Linken vgl. Haury 1992.

und Islamismus. Beide sind spezifisch moderne Politikprojekte, die sich zunächst gegen die Kolonisation wenden und dann gegen die im Zuge der Entkolonisierung vollzogene Aufteilung arabischer Gesellschaften in verschiedene Nationalstaaten. Sie befinden sich dabei in Gegensatz zum linken Befreiungsnationalismus und seiner Konzeption der Nation, die paradigmatisch und problematisch von Fanon als politischer Kohäsions- und Aufklärungsmechanismus postuliert wurde, der ethnische Separierungen und traditionale Herrschaft überwinden soll. Entstanden in der Zerfallszeit des Osmanischen Reichs mit den Zentren Irak (1920er bis Anfang der 40er Jahre) und Ägypten (1950er und 60er Jahre) verfolgt der *Panarabismus* ausgehend von einem völkischen Nationenverständnis das politische Ziel arabischer Einigung, die sich in einem säkularen gesamtarabischen Staat materialisieren soll. War der Antisemitismus zuvor in arabischen Gesellschaften ein marginales Phänomen¹¹, so verbreiterte er sich mit der Liaison von Panarabismus und Nationalsozialismus – weniger durch aktive Propaganda der Nazis als vielmehr durch deren völkisch-ideologische Attraktionskraft (vgl. Lewis 1987, 172). Jüdische Menschen verkörpern seitdem bestimmte austauschbare Seiten der Moderne: Kolonialismus, Kommunismus oder ›Imperialismus‹.

Nicht »die imperialistischen Politiken« (46) seit den 1950er Jahren haben den *Islamismus* hervorgebracht. Er nahm seinen Ausgang im Ägypten der späten 1920er Jahre mit Gründung der Muslimbruderschaft, die bereits gegen Ende der 1930er Jahre zu einer politischen Massenbewegung wurde (vgl. Küntzel 2002, 29) und bis heute ideologischer Fixpunkt des sunnitischen Islamismus geblieben ist. Im Mittelpunkt steht eine Redefinition des Jihad-Begriffs, der im Hochislam ›Anstrengung‹ in der Glaubenspraxis meinte, hin zur Auffassung eines ›Heiligen Krieges‹, den die islamische Gemeinschaft gegen die ›Ungläubigen‹ führen muss. Jüdische Menschen werden dabei als Gegenprinzip halluziniert, das für die welthistorische Schwächung des Islam verantwortlich sein soll. Trotz der politischen Zielvorstellung einer ›Gottesherrschaft‹ (vgl. Tibi 2002, 87ff) ist das Verhältnis zum Panarabismus kein einfacher Gegensatz: die Islamisten bekämpfen ihn ob vorgeblicher Apostasie, während der Panarabismus seinerseits nur eine halbierte Säkularisierung vollzogen und den Islam als »Faktor der nationalen Identität gewürdigt [hat], der nach aktuellem politischen Bedarf ideologisch mobilisiert werden kann« (Meier 2002, 52).

Die bleibende Niederlage, die der Panarabismus im 6-Tage-Krieg erlitt, ist die *erste* entscheidende Ursache für den ungeheuren Aufschwung, den der Islamismus seit den 1970er Jahren genommen hat. In der islamischen Überlieferung, in der sich der Triumphalismus mohammedanischer Eroberungen zu einem Bild sedimentiert hat, das Juden als verächtlich und böse, zugleich aber unbedeutend und ungefährlich darstellt (vgl. Lewis 1987, 137ff), klaffte angesichts der israelischen militärischen

11 Die frühe Genese des arabischen Antisemitismus vollzog sich in zwei Etappen: Zunächst wurde im 19. Jh. der christliche Antijudaismus aus Europa ›importiert‹; der moderne Antisemitismus fand seine erste Resonanz in der Denunziation der jungtürkischen Revolution von 1908 als ›jüdischer Verschwörung‹ (vgl. Lewis 1987, 137-165).

Übermacht eine Intelligibilitätslücke. Der Islamismus mit seiner Adaption antisemitischer Verschwörungstheorien konnte sie ausfüllen und sich als Traditionswahrer aufspielen: das Jüdische war nicht mehr nur böse, sondern alles Böse jüdisch.

Die *zweite* Ursache für das Erstarken des Islamismus liegt im Scheitern nachholender Entwicklung, das nicht nur dem Nasserismus, sondern auch dem linken Befreiungsnationalismus den Garaus machte. Für den hegemonialen Krisen-Bewältigungsversuch steht Sadat, der seit Beginn der 1970er Jahre ein Projekt neoliberaler Islamisierung forcierte: Seine ›Politik der Öffnung‹ (*infitah*), in deren Zentrum umfangreiche Privatisierungsmaßnahmen und Begünstigungen für ausländische Direktinvestitionen standen, wurde begleitet von einer Re-Legalisierung der unter Nasser verbotenen Muslimbruderschaft und Islamisierungsprogrammen in sämtlichen kulturellen Kontexten. Zunehmende Einkommensdisparitäten und fehlende soziale Sicherungen waren idealer Nährboden für den Islamismus, der das Elend in sozialen Netzwerken auffangen und auf dieser Grundlage zum ideologischen Siegeszug antreten konnte (vgl. Küntzel 2002, 74ff).

Die iranische Revolution von 1978 ist die *dritte* Ursache: Mit dem Islam als »Vokabular«, in dem der Konflikt ausgetragen und gelebt wird« (Lemke 1997, 321), markiert die ›politische Spiritualität‹ Teheraner Provenienz einen Umbruch, der im Bewusstsein vieler Muslime als »Sieg gegenüber der Macht des Kolonialismus bzw. postkolonialer Hegemonie, versinnbildlicht in der westlichen Supermacht USA« (Meier 2002, 102) wahrgenommen wird. Der Islamismus kann sich fortan als eigenständiger Entwicklungspfad zwischen Kapitalismus und Sozialismus gerieren, der im Rahmen der bipolaren Weltordnung ein jeweils taktisches Verhältnis zu den beiden Supermächten eingenommen hat.

Die schiitische Revolution hat zudem zu einer massiven Militarisierung islamistischer Praxis geführt. Sie hat sowohl den Djihad gegen die Sowjetunion in Afghanistan angeschoben als auch den Kampf der palästinensischen Moslembrüder gegen Israel (vgl. Schreiber/Wolffsohn 1993, 322): Es handelt sich um eine synergetische Anordnung, aus der Ende der 1980er Jahre die islamistischen Terrorgruppen Hamas und Islamischer Dschihad hervorgehen. Von besonderer Relevanz für die heutige Situation ist, dass diese Anfang der 1990er Jahre unter Einfluss der schiitischen Hisbollah und der iranischen Revolutionsgarden die Techniken des Suizidattentats erlernt haben (vgl. Tietze 2003, 67).

3. Überdeterminierung

Althusser's Unterscheidung zwischen Determinante und Dominante bietet sich auch für den sog. Nahostkonflikt an, da sich mit ihr die Artikulation verschiedener Konfliktlogiken in ihrem zeitlichen Verlauf denken lässt – als eine Gliederung, die sich in gesellschaftlichen Kämpfen beständig verschiebt (vgl. Althusser 1969, 153; 1972, 140).

Grundstruktur, d.h. Determinante des Konflikts ist eine Auseinandersetzung um Land und Ressourcen, die politisch als Kampf um nationale Konstitution ausgetragen wird. Dabei stehen sich zunächst der Zionismus und die in Palästina ansässigen

Araber gegenüber, später der Staat Israel und die palästinensische Nationalbewegung. Überdeterminiert ist der Konflikt durch wenigstens zwei Logiken: *erstens* die geopolitischen Konstellationen zunächst englischer und französischer Kolonialpolitik, später der Blockkonfrontation und gegenwärtig der ›Neuen Weltordnung‹, die nicht nur direkt auf den Konflikt einwirken, sondern auch den Rahmen abgeben, innerhalb dessen Israels arabische Nachbarn in ihn involviert sind. *Zweitens* Antisemitismus: dieser gehört einerseits zur Grundstruktur, insofern der Zionismus die jüdisch-nationale Antwort auf den europäischen Antisemitismus darstellt; hinter der historischen Zuspitzung der grundsätzlichen Konflikt-Dynamik durch jüdische Einwanderung stehen antisemitische Verfolgungs- und Vernichtungspraxen. Andererseits definiert der Antisemitismus eine eigenständige Konfliktlogik, insofern die Juden im Panarabismus, Islamismus und deren widersprüchlicher Integration durch die palästinensische Nationalbewegung zum Gegenprinzip werden, von dem ›Arabertum‹, Islam‹ und das ›Heilige Land‹ nur durch die Vernichtung Israels ›befreit‹ werden können. Unsere These ist, dass bis zum UN-Teilungsplan von 1947 die Grundstruktur des Konflikts auch seine Verlaufsform bestimmt hat, also Determinante und Dominante zusammenfallen. Nach der israelischen Staatsgründung bis zum Ende der 1980er Jahre war es die geopolitische Konstellation der Blockkonfrontation, die für den Konfliktverlauf den Rahmen abgegeben hat. Seit der ersten Intifada ist ein Prozess in Gang gekommen, in dem der Antisemitismus mit dem Scheitern des Friedensprozesses von Oslo und der zweiten sog. Intifada zur dominierenden Konfliktlogik geworden ist.

Bei Labica erscheint der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern als koloniale Auseinandersetzung, in der Herr und Knecht einander gegenüberstehen. Kolonisation wird jedoch in marxistischen Kontexten gängigerweise charakterisiert als

politische Herrschaft über Bevölkerungen zwecks ökonomischer Ausbeutung (oder als ökonomische Reserve), um ein äußeres Herrschaftsgebiet zu errichten im Rahmen der Aufteilung der Welt zwischen kapitalistischen Ländern (Gallissot, 657).

Weder agierte der Zionismus von einer sicheren *homebase*, um von dort aus Land und Ressourcen anzueignen, noch geschah derlei im Medium von Raub und unmittelbar physischer Gewalt. Das Land, das die Zionisten seit Ende des 19. Jahrhunderts besiedelten, wurde von der Jewish Agency gekauft. Die Warenform des Bodens spielte dabei die Rolle eines »ökonomischen Penetrationsvehikel[s]«, das wegen des Fehlens eines arabischen Nationalstaates als einer »Penetrationsbarriere« (Diner 1980, 28) erfolgreiche Aneignung zeitigen konnte. Dieses Paradebeispiel systemischer Gewalt wurde ermöglicht durch die bloß formelle, d.h. nicht die gesellschaftliche Praxis durchdringende osmanische Eigentumsreform von 1858: Eigentümer war, wer einen Katastereintrag erwarb und Steuern zahlte, ohne dass damit auch die faktische Verfügungsgewalt über den Boden einherging. Diese durch physische Gewaltanwendung zu realisieren, wurde erst mit der zionistischen Präsenz zur gängigen gesellschaftlicher Praxis. Der Zionismus dringt damit in eine »historische Lücke zwischen den Gesellschaftsformationen«, in der »kein vorkapitalistisches Grundeigentum *mehr* [besteht], während die durch die bürgerlichen Rechtsformen indizierten ökonomischen und politischen Verhältnisse sich *noch nicht* haben durchsetzen können« (ebd., 38).

Die systemisch-ungleichzeitige Aneignung bekam durch den UN-Teilungsplan von 1947 auch politische Materialität. Während des anschließenden israelisch-arabischen Krieges vergrößerte sich das israelische Staatsgebiet gegenüber dem Teilungsplan und es entstand das palästinensische Flüchtlingsproblem: nicht durch zentral geplante Vertreibung, sondern durch eine Vielzahl von Faktoren, zu denen auch Terroraktionen einzelner israelischer Einheiten gehörten (vgl. Morris 2001). Von den vier weiteren Kriegen, deren Ursachen und politische Konsequenzen maßgeblich durch die Blockkonfrontation bedingt sind, hatte nur der 6-Tage-Krieg entscheidende Wirkung auf die konfliktuale Grundstruktur: zu seinen militärischen Ergebnissen gehört die Besetzung von Gaza und West-Bank, in deren Gefolge es innerhalb der israelischen Gesellschaft zu einer massiven politischen Verschiebung nach rechts gekommen ist. Dieser Entwicklung liegt kein Masterplan zugrunde; es handelt sich vielmehr um eine historische Fandsache: Zunächst waren die besetzten Gebiete ein Faustpfand, das gegen ein Friedensabkommen eingetauscht werden sollte. Die Tatsache, dass dieses sowohl von Seiten der arabischen Nachbarstaaten als auch der PLO abgelehnt wurde, bestärkte expansionistische Tendenzen innerhalb der israelischen Gesellschaft. Die daraus erwachsende Siedlungspolitik gehorchte einerseits militär-strategischen Erwägungen, andererseits einer religiös-nationalen Vision von Groß-Israel. Dass die Besetzung massive Diskriminierung der Palästinenser zur Konsequenz hat, kann niemand ernsthaft bestreiten. In diesem Zusammenhang jedoch von Apartheid zu sprechen, verharmlost die südafrikanische Geschichte: dem israelischen Besatzungsregime fehlt nicht nur die rassistische Motivation, sondern auch eine juristische Kodifizierung, die Bevölkerungsgruppen voneinander trennt, in Kategorien unterteilt und in nahezu allen Lebensbereichen Ungleichheiten festschreibt (vgl. Mpahlwa 1997, 42f).

In den späten 1980er Jahren waren innerhalb der palästinensischen Nationalbewegung säkular-nationalistische Kräfte hegemonial, die Israel zu politischen Zugeständnissen zwingen wollten, um einen unabhängigen palästinensischen Staat zu errichten. Heute bilden jedoch islamistische Gruppen, v.a. Hamas und islamischer Dji had, die hegemoniale politische Kraft. Der Islamisierungsprozess, der die 90er Jahre durchzogen hat, besitzt verschiedene Ursachen: Bereits bei ihrer Gründung 1988 verfügte die Hamas durch ihre Vorgängerorganisationen vor allem in Gaza über breit gefächerte soziale und Bildungseinrichtungen, die sie im Laufe der 90er Jahre v.a. mit saudischer Unterstützung noch deutlich hat ausbauen können (vgl. Schreiber/Wolffsohn 1993, 355). Während nach dem Ende der Sowjetunion der säkulare Antiimperialismus als Referenzsystem an Plausibilität eingebüßt hat, konnte auch die palästinensische Autonomiebehörde (PA) die in sie gesetzten Hoffnungen auf bessere Lebensbedingungen nicht erfüllen. Statt dessen hat sie ein korrupt-klientelistisches Regime errichtet, das gerade im sozialen und kulturellen Sektor den islamistischen Gruppen freie Hand lässt. Und schließlich hat auch Israel nach 1993 weder mit dem Siedlungsbau aufgehört, noch Maßnahmen gegen die Prekarisierungsprozesse in den palästinensischen Gebieten ergriffen.

Die islamistische Hegemonie ist keine Frage der quantitativen Anhängerschaft, sondern besteht darin, dass die Islamisten in der Lage sind, sämtlichen anderen

politischen Gruppen ihre Praxen aufzuzwingen und dafür in der palästinensischen Gesellschaft Zustimmung zu organisieren. Dabei ist es ihnen gelungen, den Antisemitismus hegemonial zu machen. Dies zeigen die Suizidattentate, in denen terroristische Form und antisemitischer Inhalt verschmelzen: Ob Militär, Siedler oder linke Friedensaktivisten, die in einem Jerusalemer Café zusammengetroffen sind – weder die gesellschaftliche Position der Opfer, noch ihre politische Haltung spielt eine Rolle. Es geht darum, möglichst viele jüdische Menschen zu töten, weil sie Juden sind. Die Hamas beruft sich unverhohlen auf die *Protokolle der Weisen von Zion* als Beweis für eine jüdische Weltverschwörung (Charta, Artikel 32). Sie will »das Banner Allahs über jedem Zentimeter Palästinas hissen. [...]Initiativen, Resolutionen und internationale Konferenzen sind reine Zeitverschwendung« (Charta, Art. 6). Wer in diesem Kontext von »Verzweiflung« spricht (vgl. Zuckermann 2003, 62), kapituliert davor, die antisemitische Wirklichkeit zu denken. ›Verzweiflung‹ kann zu vielerlei Handlungen Anlass geben: Man kann sich auf der Straße verbrennen, in Schulen Amok laufen, sich prostituieren, Alkoholiker, Dieb oder auch Kommunist werden.¹²

Palästinensische Suizidattentate besitzen eine komplexe motivationale Grundlage: Sie verbessern in der Regel die materielle Situation der Familie, die für jeden Attentäter Geldschenkungen erhält. Die Tötungshemmung wird überwunden durch eine Ideologie, die für das Leid des eigenen Kollektivs den einzelnen Juden verantwortlich macht. Zum Abbau von Selbsterhaltungsdispositionen verhelfen die Verweise auf Djihad, Märtyrertum und Paradies: »Gott ist ihr Ziel, der Prophet ihr Vorbild, der Koran ihre Verfassung, der Dschihad ihr Weg, und der Tod auf dem Wege Gottes ihr erhabenstes Verlangen.« (Charta, Art. 8) Dies ›Todessehnsucht‹ zu nennen, bedeutet nicht, einem biologischen ›Todestrieb‹ das Wort zu reden, sondern eine ideologische Subjektion zur Kenntnis zu nehmen, in der die Individuen als Subjekte angerufen werden, die sich gestützt auf jenseitige Versprechungen für die ›Gemeinschaft‹ opfern. Diese Anrufungen werden in einem Ensemble gesellschaftlicher Rituale erzeugt – sei es das Gebet, das Singen von Kinderliedern oder der Konsum von Fernsehsendungen – und erhalten durch die (kollektive) Stilisierung der Attentäter zu Märtyrern zusätzliche Plausibilität. Die Praktiken, die Verzweiflung zu mörderischer Handlungsfähigkeit ausarbeiten, sind nicht an den Rändern, sondern in der Mitte der palästinensischen Gesellschaft angesiedelt – mit dem Antisemitismus als wahnhaft-projektives Repräsentationssystem, in dem die Menschen das herrschaftliche Verhältnis zu ihren Existenzbedingungen leben.¹³

12 Zuckermanns Vergleich der Lage der Palästinenser mit der der Menschen im Warschauer Ghetto (vgl. 2003, 62) ist unzulässig – völlig unabhängig vom Sprechort. Was immer sich Palästinenser subjektiv einbilden: weder widersetzen sie sich mit ihrem Suizid einer unausweichlichen lebenden Gefangennahme, noch nehmen sie irgendwelchen Nazis die Genugtuung einer Tötung bzw. reißen sie mit in den Tod.

13 Als Beispiel hierfür können die palästinensischen Schulbücher gelten: Die jordanischen und ägyptischen Schulbücher, die die PA seit Anfang der 90er Jahre als Unterrichtsmaterial benutzt, sind voll von antisemitischen Stereotypen, die auch in den neuen, von der PA in Auftrag gegebenen Schulbüchern keineswegs verschwunden sind, vgl. MEMRI 2002.

4. Conclusio

Die Fragen, die Labica gestellt hat, um die normalsprachliche Terrorismus-Definition auszuhebeln, haben wir anhand der palästinensischen Suizidattentate zu verhandeln versucht: »Wer sind die ›Terroristen‹? Wer sind ihre ›Opfer‹? Im Namen welcher Ideologie handeln sie? Welches sind ihre Beweggründe? Welche Ziele verfolgen sie?« (42) Unser Fazit lautet, dass die Attentate der Form nach terroristisch und dem Inhalt nach antisemitisch sind – mehr noch: dass sie menschlicher Emanzipation diametral zuwiderlaufen und deshalb bekämpft werden müssen.

Die Konstellation im Nahen Osten entzieht sich jedem einsinnigen Zugriff. So sehr ein Ende der durch das israelische Besatzungsregime erzeugten Diskriminierungen notwendig ist, so wenig werden einseitige Lösungsvorschläge eine Perspektive eröffnen können. Wird die These von Amos Oz (vgl. 2002) ernstgenommen, dass Israel einen doppelten Krieg führt – Verteidigungskrieg gegen Antisemitismus und zugleich Besatzungskrieg –, stellt sich die momentane Situation aporetisch dar: weder eine Räumung noch ein Verbleib in den besetzten Gebieten wird den Konflikt zu lösen vermögen. Nur wenn ein Abzug der israelischen Armee von einem Kampf gegen Antisemitismus innerhalb der palästinensischen Gesellschaft begleitet wird, kann eine tragfähige Friedensperspektive entstehen. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass das Projekt menschlicher Emanzipation derzeit auf Sharon hoffen muss, einen Militär, der für die Massaker von Sabra und Schatilla mitverantwortlich zeichnet (vgl. Schreiber/Wolffsohn 1993, 296ff), und auf Abbas, einen Geschichtsrevisionisten, in dessen Dissertation davon die Rede ist, dass die Zahl der jüdischen Shoah-Opfer »weniger als eine Million gewesen sein mag« (zit. n. Yehoshua 2003).

Literatur

- Adorno, Theodor W., u. Max Horkheimer, *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente* (1944), in: Max Horkheimer, *Gesammelte Schriften* Bd. 5, Frankfurt a.M. 1987, 11-290
- Agnoli, Johannes, »Der Staat des Kapitals« (1975), in: ders., *Der Staat des Kapitals und weitere Schriften zur Kritik der Politik*, Freiburg i.Br. 1995, 21-89
- Althusser, Louis, *Für Marx*, Frankfurt/M 1969
- ders., *Ideologie und ideologische Staatsapparate*, Hamburg-Berlin 1977
- ders., u. Etienne Balibar, *Das Kapital lesen*, 2 Bd., Reinbek 1972
- Améry, Jean, »Der ehrbare Antisemitismus«, in: ders., *Widersprüche*, München 1969, 214-20
- Balibar, Etienne, »Eine selbstkritische Konzeption des Feindes: Zur Doppelgestalt von Judenhass und Araberhass«, *FR*, 25.6.2002
- Charim, Isolde, *Der Althusser-Effekt. Entwurf einer Ideologietheorie*, Wien 2002
- Charta (der Hamas), www.palestinecenter.org/cpap/documents/charter.html, 2003
- Diner, Dan, *Israel in Palästina. Über Tausch und Gewalt im Vorderen Orient*, Königstein/Ts. 1980
- Entwurf (Dokumentation des NGO-Entwurfs zur Rassismus-Konferenz in Durban), »Mit allen Mitteln«, *Jungle World*, 35, 2001
- Fanon, Franz, *Die Verdammten dieser Erde*, Reinbek 1969

- Funk, Albrecht, Stichwort »Terrorismus (internationaler)«, in: U. Albrecht u. H. Volger, *Lexikon der internationalen Politik*, München-Wien 1997, 483-85
- Gallissot, René, Stichwort »Kolonisation, Kolonialismus«, in: G. Labica (Hg.), *Kritisches Wörterbuch des Marxismus* Bd. 4, Hamburg 1986
- Haurly, Thomas, »Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus«, in: L. Polikav, *Vom Antizionismus zum Antisemitismus*, Freiburg i.Br. 1992, 125-59
- Huffschmid, Jörg, *Politische Ökonomie der Finanzmärkte*, Hamburg 1999
- Kreutzer, Mary, u. Wolf-Dieter Vogel, »Viva Osama! Lateinamerikanische Linke und ihr Feindbild USA«, in: *iz3w* 269, 6/2003, 33-35
- Küntzel, Matthias, *Djihad und Judenhass*, Freiburg i.Br. 2002
- Labica, Georges, Stichwort »Terrorismus«, in: ders. (Hg.), *Kritisches Wörterbuch des Marxismus* Bd. 7, Hamburg 1988
- Lemke, Thomas, *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*, Berlin-Hamburg 1997
- Lewis, Bernard, »*Treibt sie ins Meer*«. *Die Geschichte des Antisemitismus*, Frankfurt/M 1987
- Meier, Andreas, *Politische Strömungen im modernen Islam. Quellen und Kommentare*, Wuppertal 2002
- MEMRI (Middle East Media Research Institute), Nahost-Schulbuchstudie, www.memri.org, 2002
- MEW = Marx-Engels-Werke, Bd. 1-43, Berlin/DDR 1957ff
- Morris, Benny, »Vertreibung, Flucht und Schutzbedürfnis. Wie 1948 das Problem der palästinensischen Flüchtlinge entstand«, *FAZ*, 29.12.2001
- Mpahlwa, Luyanda, Stichwort »Apartheid«, in: U. Albrecht u. H. Volger, *Lexikon der internationalen Politik*, München-Wien 1997, 42-45
- Oz, Amos, »Wir führen einen Krieg zuviel«, *FAZ*, 4.4.2002
- PIT (Projekt Ideologie-Theorie), *Theorien über Ideologie* (1979), Berlin 1986
- Poliakov, Leon, *Geschichte des Antisemitismus*, 8 Bd., Worms 1979ff
- Pro Asyl, Distanzierung von der NGO-Erklärung in Durban, <http://www.proasyl.de/presse01/sep03.htm>, 2001
- Sartre, Jean-Paul, *Überlegungen zur Judenfrage* (1954), Reinbek 1994
- Schreiber, Friedrich, u. Michael Wolffsohn, *Nahost. Geschichte und Struktur des Konflikts*, Opladen 1993
- Tibi, Bassam, *Fundamentalismus im Islam – Eine Gefahr für den Weltfrieden?*, Darmstadt 2002
- Tietze, Nikola, »Selbstmordattentate: ein Literaturbericht«, in: *Mittelweg* 36, 12. Jg., 2003, H. 3, 65-76
- Yehoshua, Yael, »Abu Mazen: A Political Profile«, <http://www.memri.org/bin/articles.cgi?Page=countries&Area=palestinian&ID=SR01503>, 29.4.2003
- Zuckermann, Moshe, *Zweierlei Israel? Auskünfte eines marxistischen Juden an Thomas Ebermann, Hermann L. Gremliza und Volker Weiß*, Hamburg 2003